

Jihad auf eigene Faust

Gespräch mit dem marokkanischen Politologen Darif über die Hintergründe des Attentats von Marrakesch

Marokko hat die Festnahme eines Jihadisten bekanntgegeben, der den Anschlag von Marrakesch geplant haben soll. Laut dem Politikwissenschaftler Mohammed Darif handelt es sich um einen Einzeltäter ohne Bindung an eine Organisation.

Beat Stauffer, Casablanca

Die marokkanischen Behörden haben im Zusammenhang mit dem Attentat von Marrakesch drei Personen festgenommen, unter ihnen auch den Hauptverdächtigen. Über die Verwicklung der beiden anderen Personen wurde nichts bekanntgegeben. Laut dem marokkanischen Innenminister handelt es sich beim Hauptverdächtigen um einen Mann aus der Jihadistenszene, der in der Hafenstadt Safi gelebt und dort auch die Bomben hergestellt hatte, die er später in einem Touristencafé in Marrakesch zündete. Der Mann, dessen Namen und Alter die Behörden nicht offenlegten, soll mehrere erfolglose Versuche unternommen haben, sich dem Kampf der Aufständischen in Tschetschenien und im Irak anzuschliessen.

Beunruhigende Entwicklung

Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Mohammed Darif von der Universität Hassan II. in Mohammedia haben die Behörden seriös ermittelt. Er weist darauf hin, dass sie diesmal, im Unterschied zum Vorgehen nach den Anschlügen vom Mai 2003, auf massenhafte, «flächendeckende» Festnahmen verzichtet hätten. Deshalb habe es vergleichsweise lange gedauert, bis es zur Festnahme eines Tatverdächtigen gekommen sei. Laut Darif gehört der Hauptverdächtige einer neuen Generation von Jihadisten an, die nicht mehr in eine Organisation eingebunden seien, sondern gewissermassen ihren eigenen in-



Nach dem Anschlag in Marrakesch demonstrieren Frauen gegen terroristische Gewalt.

ABDELJALIL BOUNHAR / AP

dividuellen Jihad praktizierten. Nachdem der Mann wegen der starken Überwachung mit seinem Vorhaben gescheitert sei, sich dem bewaffneten Kampf der Extremisten in Tschetschenien und im Irak anzuschliessen, habe er die Planung eines «individuellen» Attentats an die Hand genommen. Der Mann habe seine jihadistische Ideologie wie auch die Fertigkeit zum Bombenbau aus dem Internet gewonnen. Darif sieht darin eine beunruhigende Entwicklung. Staaten wie Marokko seien zwar in der Lage, Organisationen von Extremisten zu überwachen und gegebenenfalls zu zerschlagen. Doch gegenüber unkoordiniert agierenden Einzeltätern, die mit der Kaida nur die Ideologie teilten, seien sie weitgehend machtlos.

Vor allem eine Ideologie

Für Darif bestätigt der Anschlag von Marrakesch die These, die Kaida sei keine eigentliche Organisation mehr, sondern in erster Linie eine Ideologie, von der sich frustrierte Muslime weltweit inspirieren liessen. Attentäter müssten deshalb nicht mehr über persönliche Kontakte rekrutiert werden, sondern diese «Rekrutierung» geschehe anonym, übers Internet. Junge Marokkaner, de-

nen es nicht gelinge, sich einer jihadistischen Organisation anzuschliessen, versuchten deshalb, ihren eigenen Jihad zu betreiben. In jüngster Zeit habe es in Marokko mehrere solcher Versuche gegeben. So habe sich 2008 ein junger Ingenieur mitten in der Stadt Meknès in die Luft sprengen und dabei Touristen umbringen wollen. Der Attentatsversuch sei aus technischen Gründen gescheitert.

Mohammed Darif ist überzeugt davon, dass das Attentat von Marrakesch nicht von der Kaida im islamischen Maghreb (Aqmi) in Auftrag gegeben worden war. Der Versuch der Aqmi, in Marokko einen Ableger ins Leben zu

rufen, sei gescheitert, und angesichts der scharfen Überwachung aller islamistischen Organisationen und der kommunikationstechnischen Probleme habe die Aqmi grösste Schwierigkeiten, einen Anschlag in Marokko auszuführen. Sie versuche deshalb, übers Internet neue Kampfgenossen zu gewinnen.

Frühere Anschlagpläne

Marrakesch hatten Jihadisten schon in früheren Jahren als Ziel für Attentate ausgewählt. Im Jahr 2002 hatten drei Extremisten saudischer Nationalität Anschläge auf den Platz Jamaa al-Fana geplant, und 2009 wollten sich Jihadisten vor einem Gericht in die Luft sprengen. Beide Anschläge konnten verhindert werden. Die Wahl von Marrakesch habe wohl in erster Linie damit zu tun, dass die Attentäter international eine möglichst grosse Beachtung erzielen und gleichzeitig westliche Touristen treffen wollten, erklärt Darif.

Beeinträchtigt der Anschlag von Marrakesch den Reformeifer des marokkanischen Monarchen? Darif glaubt «eher nicht» an eine derartige Auswirkung des Anschlags. Er weist auf den allgemeinen Konsens in Marokko hin, die begonnenen Reformen weiterzuführen. Da der Hauptverdächtige mit keiner Organisation verbunden gewesen sei, sei es auch wenig wahrscheinlich, dass die Repression gegenüber Islamisten verstärkt werde. Längerfristig könne man dem Terrorismus nur durch eine echte Demokratisierung begegnen. Gleichzeitig räumt Darif ein, dass sich Attentäter wie derjenige von Marrakesch nicht durch Reformen von ihren Plänen abbringen liessen. Sozioökonomische Faktoren beeinflussten die Motivation von Jihadisten ohnehin weit weniger als ideologisch-kulturelle Elemente. In Marokko seien es in den allermeisten Fällen nicht arme Randständige, sondern Angehörige der Mittelschicht, die sich extremistischen Organisationen angeschlossen hätten.

Syrien – schwarzes Loch der arabischen Revolte

Welche Folgen hätte ein Sturz Asads auf das regionale Machtgefüge?

Ein Machtwechsel in Damaskus oder ein Zerfall Syriens hätte tiefgreifende Folgen in der ganzen Region. Weil aber nicht abzusehen ist, wer dabei gewinnt und wer verliert, sind alle besorgt.

Jürg Bischoff, Beirut

Nach 18 Tagen unablässiger Massenproteste haben die ägyptischen Generäle am 11. Februar Mubarak in die Wüste geschickt. Die ausdrückliche Ermunterung des amerikanischen Bündnispartners zu diesem Vorgehen hatte einen nicht unbedeutenden Anteil an der Lösung der Krise in Ägypten. Vor einem ähnlichen Szenario muss sich der syrische Präsident Asad nicht fürchten. Er hat weder eine Armee, die ihm auf Wunsch von aussen die Loyalität zu kündigen droht, noch eine Schutzmacht, die ihn fallenlassen kann. Und selbst die Regierungen, mit denen Asad im Clinch steht, zeigen wenig Begeisterung beim Gedanken, ihn loszuwerden.

Eigenes Bündnissystem

Die Ursachen für den Aufstand in Syrien sind weitgehend die gleichen wie in Ägypten und in den anderen arabischen Staaten – der bedrückende Repressionsapparat, die korrupte Vernetzung von politischer und wirtschaftlicher Macht, die unter den Jungen grassierende Arbeitslosigkeit. Doch weist das syrische System auch Elemente auf, die es zum Sonderfall machen, wie etwa sein unterschiedlicher Konfessionsalismus oder seine starke Ideologisierung. Und im Unterschied zu fast allen arabi-

schen Ländern, die weitgehend von den USA abhängig sind, ist Syrien das Drehkreuz eines eigenen Bündnissystems, das es ihm erlaubt, Einmischungen von aussen zu widerstehen und selbst Einfluss auf die Region auszuüben.

So hat Präsident Asad die Anstrengungen der Bush-Administration zwischen 2003 und 2009 überlebt, ihn zu isolieren und einen «regime change» herbeizuführen. Asad hatte 2005 zwar seine Truppen aus Libanon abziehen müssen, dank seinem Bündnis mit Iran und dem Hizbullah hat er seinen Einfluss im Zedernland seither aber wiederhergestellt. Die Allianz mit Teheran und den libanesischen Schiiten stärkt Syriens Position gegenüber Israel, von dem es die Rückgabe des Golans fordert. Die Unterstützung der Hamas verschafft Damaskus zudem eine Mitsprache in palästinensischen Angelegenheiten.

Dieses Bündnissystem, dessen Rechtfertigung in der Konfrontation mit Israel liegt, ist allerdings stark schiitisch geprägt und weckt deshalb das Misstrauen der sunnitischen Monarchien am Golf. Der junge Asad hat dies mit der Annäherung an die aufsteigende Regionalmacht Türkei wettgemacht, mit der er im Dialog zur Bewältigung regionaler Konflikte steht. Wie Erdogan versucht Asad sich dem Westen und den Saudi als Kommunikationskanal nach Teheran anzudienen. Er bringt sich so auch als Mitspieler im Irak ein, zu dem Syrien eine lange und durchlässige Grenze besitzt.

Fällt das syrische Regime, zerfällt auch ein zentrales Beziehungs- und Kommunikationsnetz, dank dem Damaskus die Stabilität der Region sowohl stärken wie auch untergraben kann. Dies hat auch Washington anerkannt, als es nach sechsjährigem Unterbruch

wieder einen Botschafter nach Damaskus schickte. Beunruhigender noch als die Perspektive, einen Kommunikationskanal zur Bewältigung von regionalen Krisen zu verlieren, ist jedoch die Gefahr, dass die syrische Krise selbst auf die Region übergreift.

Libanon fiebert mit

Dies zeigt sich etwa in Libanon, das seit dem Zusammenbruch einer Allpartei-Regierung im Januar auf die Bildung eines neuen Kabinetts wartet. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die beiden libanesischen Schutzmächte Saudi Arabien und Syrien mit den eigenen Krisen beschäftigt sind, während sich die heillos zerstrittenen Politiker und Parteien unfähig zeigen, ohne Anleitung aus Damaskus und Riad eine Einigung zu finden. Heute definieren sich die zwei politischen Blöcke, der eine angeführt vom schiitischen Hizbullah, der andere vom Sunniten Hariri, nicht als pro- oder antisyrisch, sondern als pro oder anti Asad. Zunehmend wird das Ringen im Nachbarland nicht als Kampf um Demokratie und Menschenrechte, sondern als Revanche der Sunniten gegen die Herrschaft der alawitischen Minderheit interpretiert.

Auf beiden Seiten der libanesisch-syrischen Grenze am Mittelmeer leben Sunniten, Alawiten und Christen. Vergangene Woche sind nach einer Razzia der Sicherheitskräfte in der syrischen Grenzstadt Tall Kalakh Hunderte von Sunniten nach Nordlibanon geflohen. Wie lange geht es, bis libanesischen Sunniten ihren Glaubensbrüdern jenseits der Grenze mit Waffen beistehen oder der Konflikt in Syrien auf die nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis übergreift, wo Sunniten und Alawiten seit Jahrzehnten

miteinander auf Kriegsfuss stehen? In ähnlicher Weise kann ein Zusammenbruch der Ordnung in Syrien auf alle Nachbarländer Syriens ausgreifen. Im Norden, in der Region von Antiochien, die erst 1939 von Syrien an die Türkei kam, leben Sunniten, Alawiten und Christen, die sich über die Grenze mit ihren Glaubensbrüdern solidarisieren können. Dasselbe gilt für die Kurden weiter östlich wie für die ethnischen und religiösen Gemeinschaften im Irak, deren Beziehungen seit 2003 von Gewalt geprägt werden.

Too big to fail?

Der wachsende Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten wird von fast allen Regimen und vielen Gruppen angeheizt und politisch ausgeschlachtet. In Bahrain, in Jemen und in Syrien wird er dazu missbraucht, die Unterdrückung der Proteste zu rechtfertigen, in denen die Jugend Würde, Freiheit und Arbeit fordert. Wenn Syrien entlang konfessioneller Trennlinien zerfällt, besteht die Gefahr, dass es weite Teile seiner Nachbarschaft mit in den Strudel zieht und die Konfrontation zwischen Saudi Arabien und Iran zur Detonation bringt.

Solche Schreckensszenarien haben unter den Kommentatoren den Vergleich verbreitet, Syrien sei wie jene Banken, die in der letzten Wirtschaftskrise als «too big to fail» eingestuft wurden. Allen ist klar, dass der Sturz des syrischen Regimes tiefgreifende Konsequenzen im mittelöstlichen Machtgefüge haben würde. Viel weniger klar ist, wer die Gewinner und wer die Verlierer des Umbruchs sein würden. Dies erklärt auch die Vorsicht, mit der die Regierungen in der Region wie auch im Westen mit der syrischen Krise umgehen.

Kubaner sollen ins Ausland reisen dürfen

Fragen zum Tod eines Dissidenten

ppg. San José · Das kubanische Regime hat am Montag erstmals die Pläne zur Wirtschafts- und Sozialreform vollständig publiziert, wie sie Mitte April vom Kongress der Kommunistischen Partei verabschiedet worden waren. Überraschend gehört zu den 313 Punkten des Katalogs auch «die Prüfung einer Politik, die den Kubanern ermöglichen soll, als Touristen ins Ausland zu reisen». Die Machthaber reagieren damit auf das im Volk verbreitete Verlangen nach Reisefreiheit. Gewöhnliche Kubaner konnten seit der Revolution nur in Ausnahmefällen, etwa als besonders verdiente Arbeiter, in Länder des ehemaligen Ostblocks reisen. Wann die Reform verwirklicht werden soll, ist freilich noch offen.

In Santa Clara im Zentrum der Insel ist am Sonntag unter grosser Anteilnahme von Dissidentenkreisen der 46-jährige Juan Wilfredo Soto beerdigt worden. Soto war am letzten Donnerstag nach einem Protest im Park der Stadt von der Polizei festgenommen und laut Oppositionskreisen geschlagen worden und starb am Sonntagmorgen im Spital. Laut einem behandelnden Arzt erlag der chronisch kranke Soto, der an Bluthochdruck, Diabetes, Gicht, Nieren- und Kreislaufproblemen litt, einer Pankreatitis und einem Nierenversagen. Prominente Dissidenten wie der ebenfalls in Santa Clara lebende Guillermo Fariñas und der Menschenrechtler Elizardo Sánchez vermuten, die Misshandlung durch die Polizei sei die Todesursache gewesen, und fordern das Ende der Unterdrückung der Opposition, die trotz der Freilassungen der letzten Monate anhalte. Soto hatte wegen politischer Vergehen insgesamt 12 Jahre im Gefängnis verbracht.